nr. 1 – feb/märz 2018

ecke müllerstraße

Seite 3: Neue Ampel über die Müllerstraße? Seite 4: Milieuschutz greift und wird ausgeweitet
Seite 9: Kampf ums Café »Simit Evi« Seite 11: Parkraumbewirtschaftung bis zur Badstraße?

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 26. März. Unsere letzte Rätselecke wurde vor der Erika-Mann-Grundschule aufgenommen. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewinnerin ist diesmal Editha Rochow. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Zweckentfremdungsverbot wird überarbeitet

Bezirke sollen Verfügungsgewalt über Wohnhäuser entziehen dürfen

Das Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz soll geändert werden. Ein Gesetzesentwurf wurde jetzt vom Senat beschlossen und soll demnächst vom Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Danach soll das strikte Verbot der Vermietung kompletter Wohnungen als Ferienwohnungen gelockert und künftig an bis zu 60 Tagen im Jahr erlaubt werden. Zudem soll den Bezirken in besonderen Fällen ermöglicht werden, leerstehende Wohnhäuser von Treuhändern instand setzen und bewirtschaften zu lassen.
Die Burgsdorfstraße 1 im Sprengelkiez ist so ein Fall. Schon seit 2004 ist der rechte Seitenflügel gesperrt, inzwischen ist das ganze Haus, das seit vielen Jahren leer steht, nicht mehr standsicher. Im Juni 2015 wurde eine Beseitigungsanordnung für das Vorderhaus erlassen, gegen die die Eigentümerin aber gerichtlich vorgeht. Wenn die Gesetzesänderungen in Kraft treten, könnte der Bezirk der Eigentümerin die Verfügungsgewalt entziehen und das Haus von einem Treuhänder sanieren bzw. abreißen lassen. Käme die Eigentümerin nicht für die Kosten auf, so könnte das Grundstück zwangsversteigert werden, wobei die Einnahmen vorrangig zur Deckung der Kosten herangezogen werden würden.
Weiterhin soll Leerstand von Wohnraum künftig nur noch drei Monate und nicht mehr wie bislang sechs Monate lang hingenommen werden müssen, bevor die Bezirke mit Bußgeldverfahren reagieren können. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens kann der Gesetzesentwurf vom Abgeordnetenhaus noch verändert werden. *cs*

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz
Dienstag, 20. März 2017, 17 Uhr, wahrscheinlich in der VHS Mitte, Antonstraße 37
Raumänderung möglich – Rückfragen bitte unter Telefon 901 83 22 51

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft
Mittwoch, 7. März, 7.30 Uhr, Ort: bitte erfragen unter Telefon 88 59 14 36, www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller
An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr in der Volkshochschule, Antonstraße 37

Sprechstunde der Stadtteilvertretung
mo 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz
Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe
Die nächste Ausgabe erscheint kurz nach Ostern, Redaktionsschluss ist der 26. März

Das Titelbild dieser Ausgabe
zeigt die neugestaltete »Freifläche Müllerstraße 145« (offizieller Name) von der Schiller-Bibliothek aus fotografiert.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Plädoyer für eine Ampel

Zwischen Leopoldplatz und Bibliothek fehlt ein Übergang über die Müllerstraße

Braucht die Müllerstraße eine zusätzliche Ampel am Leopoldplatz? Die Stadtteilvertretung mensch.müller jedenfalls ist dieser Meinung: Neben der Einmündung der Nazarethkirchstraße sollte ihrer Ansicht nach eine Fußgängerampel eingerichtet werden. Denn dort überqueren bis zu 500 Passanten in der Stunde die Hauptverkehrsstraße ohne besondere Sicherung, darunter auch viele Jugendliche und Kinder.

Die Forderung ist freilich nicht neu. Schon bei den Untersuchungen zum Verkehrskonzept für die Müllerstraße in den Jahren 2010 und 2011 war sie erhoben worden, von der für die Verkehrsregelung auf Hauptverkehrsstraßen zuständigen »Verkehrslenkung Berlin« (VLB) aber zurückgewiesen worden: Der Verkehrsfluss auf der für den gesamtstädtischen Verkehr wichtigen Hauptachse sollte nicht zusätzlich behindert werden.
Aber inzwischen hat sich einiges geändert: nicht nur die politische Leitung der zuständigen Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, sondern auch die Bedingungen vor Ort. Der damals als Sanierungsziel für das Aktive Zentrum Müllerstraße benannte Doppelplatz aus Leopold- und Rathausvor- bzw. -nebenplatz hat deutlich Gestalt angenommen. Der Leopoldplatz ist fertig saniert, sein Schräg-Gegenüber wird wohl im kommenden Jahr soweit sein, das »Bildungsband« im Herzen des Wedding geht allmählich in vollen Betrieb. Wo sich früher das Bürgeramt befand, residiert jetzt das Jobcenter, und vor allem wurde die Schiller-Bibliothek deutlich vergrößert und um eine große Abteilung für Kinder und Jugendliche erweitert. Die Verbindung zur Beuth-Hochschule wird stadträumlich weiter gefestigt, die Limburger Straße als Zuweg erkennbar aufgewertet. Sollte man deshalb nicht die alten Planungen noch einmal überdenken, vor allem an diesem zentralen und empfindlichen Bereich?

Die Stadtteilvertretung ist dieser Meinung. Deshalb haben sich die Mitglieder ihrer AG Verkehr auch die Mühe gemacht und zu verschiedenen Tageszeiten und an unterschiedlichen Wochentagen die Passanten gezählt, die auf Höhe der Nararethkirchstraße tagtäglich die Müllerstraße queren. Durchschnittlich kamen sie auf 300 pro Stunde, vormittags weniger, nachmittags mehr – da waren es um die 400. Am Samstag, wenn an der Genter Straße Wochenmarkt und auf dem Leo Flohmarkt ist zählten sie sogar 500 querende Fußgänger pro Stunde. Das ist mehr als dreimal so viel, wie die bundesweite Verordnung »r-fgü 2001« als Obergrenze für die Einrichtung von Zebrastreifen angibt. Die werden nur für einen »hinreichend gebündelten Fußgänger-Querverkehr« von 50 bis 150 in den werktäglichen Spitzenstunden als sinnvoll angesehen, oberhalb davon seien »in der Regel LZA erforderlich«, wobei LZA für »Lichtzeichenanlagen« steht.
Nun ist die nächste »LZA« an der Kreuzung Schul- bzw. Luxemburger Straße von jener Stelle entfernt, die die Stadtteilvertretung vorschlägt, und damit in einer Reichweite, für die eigentlich ein Umweg zumutbar sein sollte. Viele Weddinger sehen das offensichtlich aber anders und bieten somit den Kindern, die die Bibliothek besuchen, ein schlechtes Beispiel. Und das sind nicht wenige: Die Schiller-Bibliothek jedenfalls berichtet von stark steigenden Besucherzahlen in den letzten Jahren, darunter vor allem auch von Kindern und Jugendlichen. Das Angebot für Grundschulkinder wie etwa die nachmittägliche Hausaufgabenhilfe werde wegen der hohen Nachfrage in der Bibliothek ständig ausgeweitet. Wenn Schulwege abgesichert werden sollen, finden sich aber auch auf der Müllerstraße ähnlich kurze Abstände zwischen bereits bestehenden Ampeln, zum Beispiel an der Kreuzung der Müller- mit der Antonstraße (Wedding-Grundschule), wo der Abstand zur nächsten Ampel an der Gerichtstraße gleichfalls nur etwa 80 Meter beträgt.

Anderswo in der Stadt gibt es in solchen Situationen gekoppelte Ampeln, wie etwa an der Schlossstraße am Rathaus Steglitz. Dort wurde vor einigen Jahren eine Fußgängerampel vor dem Shopping-Center »Das Schloss« errichtet, die – nur rund 70 Meter von der Hauptampel an der Kreuzung mit der Albrecht- bzw. Grunewaldstraße entfernt – offiziell als deren »Teilknoten« fungiert. Kann das, was für Shopping-Kunden in Steglitz möglich ist, nicht auch für Schüler, Studenten und Jobcenter-Besucher im Wedding gelten? Zumindest könnte man das überprüfen: Gegenwärtig werden ja links und rechts der Müllerstraße neue Verkehrskonzepte für die Nebenstraßen entwickelt. Was spräche dagegen, auch den Bereich dazwischen nochmals unter die Lupe zu nehmen und eine offizielle Zählung des »gebündelten Fußgänger-Querverkehrs« über die Müllerstraße am Leopoldplatz veranlassen? Im kommenden Jahr will die BVG in diesem Bereich die Decke des U-Bahntunnels sanieren, anschließend soll die Müllerstraße auch hier einen Radstreifen bekommen. Neu gebaut wird also sowieso. Eine zusätzliche »Lichtzeichenanlage« am zentralen Doppelplatz des Wedding wäre dabei eigentlich überfällig.

Christof Schaffelder

Ch. Eckelt

Genossenschaft baut an der Adolfstraße

Das Parkhaus der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 an der Ecke Adolf und Plantagenstraße ist schon weitgehend abgerissen. Errichtet wird hier ein siebengeschossiger Neubau mit 39 Wohnungen, einer Gästewohnung und vier Gewerbeeinheiten. Dabei entstehen rund 3.350 Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche. Die untere Garagenebene wird umgebaut, wobei 26 Stellplätzen erhalten bleiben, deren Zufahrt zur Plantagenstraße verlegt wird.

Bereits beendet ist der Ausbau der Luftgeschosse im Erdgeschossbereich der benachbarten Wohnhäuser. Hier entstanden zehn Wohnplätze in einer Senioren-WG, weiter vorn in der Adolfstraße acht Studenten-Apartments. Von den 39 neuen Wohnungen werden insgesamt 19 mit öffentlichen Mitteln gefördert und später an Besitzer eines Wohnberechtigungsscheins zu verbilligten Mieten vergeben. Auch die zehn Wohnplätze in der Senioren-WG entstanden mit öffentlicher Förderung.

Internationale Woche gegen Rassismus

Zwischen dem 10. und dem 26. März finden an vielen Orten im Wedding Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Über das Programm informiert man sich am besten über facebook: www.facebook.com/zusammengegenrassismus. Im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung finden u.a. folgende Veranstaltungen statt:

21. März: Aktionstag im Sprengelhaus
Der Aktionstag im Sprengelhaus beginnt um 15.30 Uhr mit dem gemeinschaftlichen Reinigen der »Stolpersteine« im Kiez, Treffpunkt ist die Müllerstraße / Ecke Antonstraße. Um 17 Uhr folgt ein Vortrag von Akinola Famson vom Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit und vom Afrika-Rat. Ab 18.30 Uhr lädt der Runde Tisch Sprengelkiez zu einem Kiezgespräch zum Thema.

23. März: Slammen im Paul Gerhardt Stift
Das Stadtteil- und Familienzentrum im Paul Gerhardt Stift veranstaltet am Freitag dem 23. März den Poetry Slam »Slammen gegen Rassismus«. Wer Interesse an einer aktiven Teilnahme hat, soll sich zuvor in Infobüro des Familienzentrums anmelden: Telefon 45 00 51 31. Der Slam beginnt um 17.30 Uhr und geht bis etwa 20 Uhr, es gibt auch Musik und kleine Pausensnacks. Moderiert wird die Veranstaltung von Abbas Saberi.

Gedenken an Elise und Otto Hampel

BVG will im U-Bahnhof Seestraße an die Widerstandskämpfer erinnern

Am 8. April diesen Jahres jährt sich der Todestag Elise und Otto Hampels zum 75. Mal. Das Ehepaar aus der Amsterdamer Straße 10 wurde 1943 in Plötzensee wegen »Zersetzung der Wehrkraft« und »Vorbereitung zum Hochverrat« hingerichtet. Zwischen September 1940 und September 1942 verfasste und verteilte es Postkarten und etwa 200 Handzettel, in denen zum Widerstand gegen die Naziherrschaft und zur Behinderung der Kriegsplanungen aufgerufen wurde. Der Schriftsteller Hans Fallada nahm ihr Schicksal zum Vorbild für seinen Roman »Jeder stirbt für sich allein«, der auch international sehr bekannt ist und bereits mehrfach verfilmt wurde. Zur Erinnerung an das Weddinger Arbeiterehepaar soll der Teil der Limburger Straße neben dem Rathaus Wedding nach ihnen benannt und dort eine Gedenkstele errichtet werden.
Zwar hatte sich die BVV Mitte dem Vorschlag der Stadtteilvertretung mensch.müller angeschlossen und die Umbenennung des gesamten Platzes zwischen der neuen Schiller-Bibliothek und dem alten Rathaus vorgeschlagen. Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt den Blick auf den bereits sanierten Platzteil von der Schillerbibliothek aus. Die Leitung des Straßen- und Grünflächenamtes Mitte widersetzte sich aber letztlich erfolgreich dieser Benennung, da sie hier keinen eigenständigen Stadtplatz erkennen will – offiziell heißt dieser Bereich deshalb weiterhin nur »Freifläche Müllerstraße 145«.
Unterdessen hat die Stadtteilvertretung mensch.müller zusammen mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand das Gespräch mit der BVG aufgenommen, bei der Otto Hampel nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Wirtschaftskrise von 1923 beschäftigt gewesen war. Im kommenden Jahr soll der U-Bahnhof Seestraße saniert werden, dabei ist auch ein neuer Eingang an der Amsterdamer Straße geplant. Jetzt prüfen die Berliner Verkehrsbetriebe, wie bei der Neugestaltung des U-Bahnhofs an die Weddinger Widerstandskämpfer erinnert werden kann. *cs*

Eckensteher

Big Brother nach Kindchenschema?

Am Leopoldplatz ist man dankbar für Polizeipräsenz

»Sie sieht aus wie eine Dixi-Toilette auf Rädern«, beschrieb Herr Nath, der stellvertretende Leiter des Polizeiabschnitts 35 dem Runden Tisch Leopoldplatz die neuen mobile Videoüberwachungsanlage der Berliner Polizei. Insgesamt drei Mal sei sie auf dem Leo bereits zum Einsatz gekommen: ein kleiner Anhänger mit einem blauen Kasten in der Größe des besagten Toilettenhäuschens, aus dessen Dach eine Antenne mit zwei drehbaren kugeligen Kameras ragt. Die sehen aus wie Gesichter mit großen Kulleraugen unter einem großen Helm. Drei Mal wurde diese Anlage auf dem Leopoldplatz schon eingesetzt, aber eingeschaltet wurde sie noch nie. »Die Personen, die wir eigentlich in den Blick nehmen wollten, sind sofort verschwunden, nachdem wir die Anlage aufgebaut hatten«, erzählte der Polizeibeamte, »deshalb mussten wir sie gar nicht erst in Betrieb nehmen.« Nein, Big Brother ist damit nicht auf dem Leopoldplatz angekommen, wir leben hier nicht in einem Überwachungsstaat.

Der Leopoldplatz ist ein »kriminalitätsbelasteter Ort«, wo die Polizei besondere Vorrechte hat. So darf sie dort nicht nur ihre mobile Videoüberwachungsanlage aufbauen, sondern auch ohne konkreten Tatverdacht Personalien überprüfen. »Das ist im vergangenen Jahr rund 400 Mal geschehen, wobei die hohe Trefferquote diese Maßnahmen auch rechtfertigt«, erklärte der stellvertretende Abschnittsleiter weiter. Die Kriminalität im Bereich des Leopoldplatzes sei zuletzt deutlich zurückgegangen, von etwa 800 angezeigten Straftaten im Jahr 2016 auf rund 500 im Jahr 2017. Und von denen werde ein großer Teil in der – bereits videoüberwachten – U-Bahn begangen. Taschendiebstahl zum Beispiel, der an diesen Straftaten einen recht großen Anteil hat, aber meist nicht am Tatort bemerkt werde, sondern erst viel später. Oder der Drogenhandel, der sich ja überwiegend in der U-Bahn abspielt, wobei der Leopoldplatz an der Schnittstelle zweier U-Bahn-Strecken natürlich eine besondere Rolle spielt. Oben auf dem Platz dagegen hätten es die Täter bedeutend schwerer. »Auf dem Leopoldplatz ist die soziale Kontrolle sehr stark, dazu hat auch die Platzsanierung vor einigen Jahren beigetragen, die wir sehr positiv sehen.« Die klare Aufteilung des Platzes in Zonen für besondere Nutzergruppen führe eindeutig zu mehr Sicherheit. Auch das soziale Engagement vieler Weddinger trage dazu bei. So sei es zum Beispiel gelungen, eine bandenartige Gruppe, die sich vor einigen Jahren im Bereich Scherer- und Maxtraße etabliert hatte, weitgehend zu zerschlagen. »Einige sitzen wohl noch im Gefängnis, denn sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Bei anderen in ihrem Umfeld hat dieses soziale Engagement sehr geholfen, sie aus dem kriminellen Umfeld wieder herauszuholen.«

Insgesamt rund 4.500 Einsatzstunden investiert der Abschnitt pro Jahr in den Bereich um den Leopoldplatz. Pro Tag sind das rund 12 Stunden – also eine Streife aus drei Beamten, die vier Stunden lang unterwegs ist. Im linken Wedding – bei der Bundestagswahl holte die Linke am Leopoldplatz rund 30% der Stimmen, die SPD 18% und die Grünen 17% – wollen die meisten Anwohner diesen Einsatz nicht missen. Auch am Runden Tisch Leopoldplatz regt sich keiner über die Polizeipräsenz auf – im Gegenteil, etliche hätten wohl nichts dagegen, wenn sie noch ausgebaut werden würde. Denn trotz der positiven Tendenz bleibt der Leo wohl noch für lange Zeit ein Brennpunkt in einem schwierigen sozialen Umfeld, wo nicht nur viel ehrenamtlicher, sondern auch professioneller Einsatz notwendig ist. *cs*

Bildecke

Ch. Eckelt

Milieuschutz wird ausgeweitet

Auch Mitte stellt jetzt Übernahmeverlangen

Ch. Eckelt

Auch der Bezirk Mitte stellt inzwischen bei Verkäufen von Mietshäusern in Milieuschutzgebieten sogenannte Übernahmeverlangen. In der Amsterdamer Straße im Wedding konnte ein Käufer eine Übernahme nur abwenden, indem er sich zur Einhaltung konkreter Mieterschutzklauseln verpflichtete. Schon insgesamt sechs solcher Verfahren sind seit Mitte Dezember in Mitte eingeleitet worden. Für die Rathenower Straße 50 wurde zuletzt sogar das Vorkaufsrecht ausgeübt. Unterdessen wird die Einrichtung neuer Milieuschutzgebiete im Bezirk vorbereitet.

Die Mieter des Eckgrundstücks Amsterdamer Straße 14 und Malplaquetstraße 25 im Wedding hätten es zwar lieber gesehen, wenn ihr Haus an zwei von ihnen ausgesuchte Genossenschaften übergegangen wäre. Da der ursprüngliche Käufer des Grundstücks jedoch eine »Abwendungsvereinbarung« unterzeichnete, verblieb die Immobilie in seinem Besitz. Der Bezirk hätte auch die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) als potentiellen Käufer gewinnen können.
Gemäß einem erst am 19. Dezember gefällten Beschluss des Bezirksamtes werden bei Übernahmeverfahren regelmäßig die beiden landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften WBM und degewo einbezogen, die prüfen, ob sie in die beim Amt angezeigten Kaufverträge eintreten können. Dabei könnte der Kaufpreis auch unter dem im Kaufvertrag festgeschriebenen liegen, wenn der vom Vermessungsamt festgestellte Verkehrswert deutlich überschritten wird. Bei der Amsterdamer Straße betrug er rund 1000 Euro pro Quadratmeter Geschossfläche. In der Abwendungsvereinbarung verpflichtete sich der Käufer unter anderem dazu, die Wohnungen in den nächsten zwanzig Jahren nicht in Eigentumswohnungen umzuwandeln und die Mietsteigerungen nach Modernisierungen zu begrenzen, im konkreten Fall je nach Wohnungsgröße auf nicht mehr als 5.50 und 6,50 Euro pro Quadratmeter nettokalt.
Für ein Verfahren zur Übernahme von Mietshäusern in Milieuschutzgebieten hat der Bezirk nur zwei Monate Zeit, er muss also sehr koordiniert vorgehen. Beteiligt sind das Stadtplanungs- und das Vermessungsamt, die Serviceeinheit Facility Management, die Wohnungsbaugesellschaften, die Senatsverwaltung für Finanzen sowie die Mieterberatung, die der Bezirk in den Milieuschutzgebieten eingerichtet hat. Seit Juli 2017 regelt ein zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, der Senatsverwaltung für Finanzen und den Bezirken vereinbartes Konzept die Grundsätze des Verfahrens, seit Dezember 2017 gibt es auch ein detailliertes Konzept des Bezirks Mitte. Vorbild ist dabei der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo im vergangenen Jahr insgesamt elf solcher Abwendungsvereinbarungen abgeschlossen wurden.
Auch der Bezirk Mitte hat sich inzwischen auf die Durchführung solcher Verfahren eingerichtet und will künftig ähnlich konsequent vorgehen. Anfang Februar teilte der zuständige Bezirksstadtrat Ephraim Gothe bei seinem Pressegespräch mit, es seien insgesamt sechs solcher Verfahren anhängig oder abgeschlossen. Eine weitere Abwendungsvereinbarung sei für das Grundstück Liebenwalder Straße 24–28 abgeschlossen worden, vier weitere Verfahren in Wedding und Moabit im Gang. Möglich sind sie bislang nur in den fünf Milieuschutzgebieten, die seit Mai 2016 bestehen: die Bereiche um den Sparrplatz, die Seestraße und den Leopoldplatz in Wedding sowie um die Waldstraße und die Birkenstraße in Moabit. Gegenwärtig werden weitere Gebiete untersucht: um die Soldiner Straße, die Kattegatstraße und östlich der Reinickendorfer Straße sowie ein Gebiet nordwestlich des Humboldthains könnten demnächst neue Milieuschutzgebiete eingerichtet werden. Dort fanden erst kürzlich Haushaltsbefragungen statt. Demnächst sollen darüber hinaus weitere Untersuchungen beauftragt werden: in einem Gebiet westlich der Thomasiusstraße in Moabit, zwei Gebieten in Tiergarten Süd sowie Teilen der Spandauer und Rosenthaler Vorstadt. Perspektivisch sind auch Untersuchungen im Parkviertel geplant, hier wird erwartet, dass nach der Schließung des Flughafens Tegel der Verdrängungsdruck stark zunehmen wird.

In den Untersuchungen müssen jeweils aktuelle Verdrängungstendenzen nachgewiesen werden, damit die Festsetzung von Sozialen Erhaltungsgebieten vor den Gerichten Bestand hat. Unter Schutz gestellt werden genau genommen nämlich nicht die einzelnen Mieterhaushalte, sondern die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung. Erst wenn die nachweisbar gefährdet ist, greift der Milieuschutz. Nach der Logik des Gesetzes darf dann die Kommune Maßnahmen ergreifen, um in diesem Fall bereits getätigte Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu schützen, wozu nicht nur Kitas und Schulen zählen, sondern auch z. B. Senioren- und Gesundheitseinrichtungen. *cs*

Viel Wohnungsbau in Mitte

Mehr als 15.000 neue Wohnungen mittelfristig in Vorbereitung

Im Bezirk Mitte werden in den nächsten Jahren sehr viele neue Wohnungen entstehen. Davon geht der für Stadtentwicklung zuständige Bezirksstadtrat Ephraim Gothe aus. Es könnten sogar deutlich mehr werden, als die offizielle Abschätzung des Potenzials an Wohnungsbauflächen »WoFiS« für den Bezirk ergibt, nach der hier auf lange Frist rund zusätzliche 15.000 Wohnungen gebaut werden könnten. Gothe fordert zudem eine deutliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes.

»Im vergangenen Jahr wurden in Mitte Baugenehmigungen für mehr als 4.000 neue Wohnungen erteilt«, argumentierte der Baustadtrat gegenüber Pressevertretern, »so viele wie noch nie zuvor und so viele wie in keinem anderen Bezirk.« Fertig gestellt wurden dagegen nur rund 2000 Wohneinheiten. Weil dieses Verhältnis in den Vorjahren schon ähnlich war, schätzt er, dass derzeit Baugenehmigungen für rund 10.000 Wohnungen im Bezirk noch nicht realisiert worden sind. In den nächsten vier Jahren werden dazu voraussichtlich noch gut 7.000 neue Genehmigungen hinzu kommen, – auf diese Größenordnung jedenfalls haben sich Senat und Bezirk in einer Vereinbarung gerade verpflichtet: »Es kann aber in dem Tempo wie im vergangenen Jahr natürlich nicht weitergehen,« so führt der Stadtrat dazu aus, »denn das Flächenpotenzial ist begrenzt.«
Dennoch würde das bedeuten, dass im Vergleich zu jetzt am Ende dieser Legislaturperiode Baurecht für rund 17.000 zusätzliche Wohnungen im Bezirk besteht, womöglich aber auch mehr. Denn genauer erfasst wurden für die Abschätzung des Wohnungsbaupotenzials nur größere Bauflächen. Gegenwärtig sei aber zu beobachten, dass vor allem auch viele kleinere Baulücken oder Bauflächen in Blockinnenbereichen entwickelt werden, berichtete der Baustadtrat.

Man kann hinzufügen, dass auch bislang noch nicht als solche erfassten Wohnungsbauflächen erschlossen werden, zum Beispiel auf Parkplätzen von Discountern wie Aldi, wo jetzt auch in Berlin die ersten Bauvorhaben bekannt geworden sind. Statistisch in die Höhe getrieben wird die Anzahl der genehmigten Wohnungen zudem durch den Trend zur Errichtung möblierter Mini-Wohnungen. Auf relativ kleinen Grundstücksflächen entstehen oftmals gleich mehrere hundert Wohneinheiten von meist nur um die 20 Quadratmetern. Gegenwärtig lassen sich überall im Bezirk solche Projekte beobachten. Alleine im kleinen »Holzuferblock« im Sanierungsgebiet »Nördliche Luisenstadt« zum Beispiel sind vier derartige Projekte bekannt. Nach dem bereits eröffneten privaten Studentenwohnheim »The FIZZ« in der Köpenicker Straße 43 (220 Wohneinheiten) und dem schon zum Apartmenthaus umgebauten ehemaligen Büro-Plattenbau in der Köpenicker Straße 55 (121 Wohneinheiten) sollen jetzt auch auf dem Grundstück unmittelbar dahinter 250 Mini-Wohnungen entstehen. Ein weiteres Projekt ähnlicher Größenordnung ist seit mehreren Jahren auch an der Michaelkirchstraße angekündigt.
Insgesamt gibt es im Bezirk Mitte aktuell etwa 195.000 Wohnungen bei 374.000 Einwohnern (Einwohnerregister, Stand Mitte 2017). Der Wohnungsbestand könnte sich mittelfristig auf mehr als 210.000 erhöhen. Die Einwohnerzahl sollte nach der letzten offiziellen Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2015 eigentlich im Jahr 2020 mit 385.000 einen Höchststand erreichen – im Jahr 2010 lag sie noch bei 327.000 – und dann wieder sinken. Bei dem zu erwartenden Wohnungsbau peilt Mitte aber in den nächsten Jahren eher das Durchbrechen der 400.000-Einwohner-Grenze an. Das setzt den Bezirk unter erheblichen Druck, denn natürlich wächst entsprechend auch der Bedarf an öffentlicher Infrastruktur, vor allem auch an Kitas und Schulen.

Ch. Eckelt

Ephraim Gothe fordert zudem eine deutliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes von derzeit etwa 27.000 Wohnungen im Bezirk. Zwar sind derzeit insgesamt zusätzliche 2773 kommunale Neubauwohnungen in Planung, das reicht seiner Meinung aber nicht, um das vom Senat anvisierte Ziel zu erreichen, den kommunalen Wohnungsbestand bis 2026 stadtweit auf insgesamt 400.000 aufzustocken. »Wir bräuchten in Mitte rund 10.000 zusätzliche kommunale Wohnungen, um unseren Anteil daran zu erbringen«,führt er aus. Dabei setzt er nicht nur auf weiteren Neubau, sondern auch auf den Ankauf von Wohnhäusern im Bestand: »Das sind die Wohnungen, wo die Mieten noch niedrig sind. Und diese Mieten können wir am besten schützen, indem wir die Häuser erwerben, wenn sie zum Verkauf stehen.« Das gilt auch bei rapide steigenden Bodenpreisen, die viele Wohnungsbaugesellschaften derzeit vor solchen Ankäufen zurückschrecken lassen: »Es spricht alles dafür, das die Bodenwerte in Mitte auch künftig eher steigen als fallen werden,« so argumentiert er, »deshalb werden uns die Preise, die uns im Augenblick als teuer vorkommen, in einigen Jahren sehr günstig erscheinen.« Die Wohnungsbaugesellschaften hätten dann im Gegenzug auch erhebliche Vermögenswerte in ihren Büchern stehen, die als Sicherheit für günstige Immobilienkredite zur Verfügung stehen. »Die Berliner Wohnungsbaugesellschaften sind sehr potente Marktteilnehmer – und das sollten sie auch voll ausnutzen!« *cs*

Ein Sicherheitskonzept für den Kleinen Tiergarten

Ch. Eckelt

So unterschiedlich der Weddinger Leopoldplatz und der Moabiter Kleine Tiergarten auch sind – beide haben viele Gemeinsamkeiten. Noch vor wenigen Jahren galten sie als unsichere, verwahrloste Orte, die von vielen Anwohnern und Passanten eher gemieden wurden. Deshalb gehörte die umfassende Neugestaltung beider Areale im Zuge des Bund-Länder-Förderprogramms »Aktive Zentren« zu den ersten großen Maßnahmen in den Fördergebieten. Dabei bestand sowohl beim »Leo« als auch beim Kleinen Tiergarten Konsens darüber, dass die »Szenegruppen«, die sich hier bislang trafen – Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen, oft mit Abhängigkeitsproblemen –, nicht von ihrem Treffpunkt verdrängt werden sollten (»Ein Platz für alle« bzw. »Ein Park für alle« war die Devise), sondern dass durch eine gezielte neue Raumaufteilung Nutzungskonflikte entschärft werden sollten. Unter ständiger Begleitung durch mobile Sozialarbeiterteams (am Leo durch Gangway e.V., im Kleinen Tiergarten durch Fixpunkt e.V.) wurden zusammen mit den Gruppen neue Aufenthaltsbereiche eigens für sie und mit ihnen entwickelt und eingerichtet. Diese Treffpunkte (im Kleinen Tiergarten ist es der gelbe Container im mittleren Parkabschnitt, ergänzt durch einen Trinkbrunnen und ein Pissoir) werden auch gut angenommen.

Die Erfahrung im Zuge der Neugestaltungen beider Orte zeigte, dass sich kontinuierliche Abstimmungsrunden zwischen unterschiedlichen Experten und Fachämtern (u.a. Stadtplanung, Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Präventionsrat) sowie weiterer Institutionen (mobile Sozialarbeit, Konfliktvermittlung, Polizei u.a.) positiv auszahlten und dass Nutzungskonflikte allein durch bauliche Maßnahmen nicht zu lösen sind. Mindestens ebenso wichtig waren und sind die begleitende Sozialarbeit, die Einbeziehung unterschiedlicher bürgerschaftlicher Akteure und der Öffentlichkeit. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass diese Arbeit mit Abschluss der Umbaumaßnahmen nicht abgeschlossen sein kann. Denn es bleibt, insbesondere in den zentralen Bereichen einer Großstadt, nicht aus, dass sich immer neue Problemlagen entwickeln.

Ab 2015 veränderte sich die Situation im Kleinen Tiergarten deutlich. Die chaotische Situation im und vor dem LaGeSo infolge der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten seit Sommer 2015 hatte auch Auswirkungen auf den Park und führte zu einem erhöhten Nutzungsdruck. Dies hatte u.a. eine stärkere Verschmutzung des Parks zur Folge. Auch die Zahl der Übernachtungen im Kleinen Tiergarten hatte zugenommen. Zugleich etablierte sich seit Herbst 2015 ein professioneller Drogenhandel im Transitbereich zwischen den beiden Ausgängen des U-Bahnhofs Turmstraße, was die Sicherheitslage deutlich verschlechterte – die Deliktzahl hinsichtlich Drogenhandel, Raub, Diebstahl und Gewalt nahm deutlich zu. Damit sank auch das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung erheblich. Anwohner, Besucher und Passanten fühlten sich durch aggressive Dealer bedrängt und/oder mieden den mittleren Parkbereich. In der Folge intensivierte die Polizei ihre Einsätze, was Ende 2016 dann auch zu einem Rückgang von Drogen- und Gewaltdelikten im Kleinen Tiergarten führte. Zudem wurden umgehend kleinere Maßnahmen wie die Verbesserung der Beleuchtung im Transitbereich ergriffen. Andererseits kommen neue Nutzergruppen mit anderen Problemlagen hinzu: So steigt in Berlin die Zahl der Obdachlosen deutlich, darunter sind auch etliche EU-Bürger aus Osteuropa.

Doch bislang gibt es noch viele Defizite, die eine nachhaltige Verbesserung der Situation erschweren. Das ist zum einen der akute Personalmangel, der immer noch bei der Polizei und in manchen Fachämtern, hier insbesondere dem Straßen- und Grünflächenamt herrscht. Zudem fehlt es bislang an einer Gesamtberliner, zwischen Senat und Bezirken abgestimmten Strategie, wie mit Plätzen mit besonderen Problemlagen umgegangen werden kann, damit die Probleme nicht von einer Ecke in die andere verschoben werden. Ad-hoc-Maßnahmen an den jeweils aktuellen Brennpunkten helfen erfahrungsgemäß wenig.

Der Bezirk Mitte hat nun in Abstimmung mit vielen Beteiligten ein Sicherheitskonzept für den Kleinen Tiergarten erarbeitet, das allerdings noch der Feinabstimmung bedarf. Dennoch wird die Ethnologin und Mediatorin Dr. Franziska Becker am Montag, dem 26. Februar die Grundzüge des Konzepts auf dem öffentlichen Plenum der Stadtteilvertretung Turmstraße vorstellen. Sie hat bereits jahrelang die Neugestaltungsprozesse am Leopoldplatz begleitet und war maßgeblich daran beteiligt, neue Instrumente und Gremien zu entwickeln, in denen fachübergreifend gearbeitet wird, kontinuierlich Informationen ausgetauscht werden und neue Konzepte und Instrumente auf den Weg gebracht werden. Zum »Instrumentenkasten« gehören u.a. eine Praxisrunde, in der alle vor Ort Beteiligten regelmäßig tagen, ein regelmäßiger Fachaustausch unterschiedlicher beteiligter Ämter und anderer Akteure im Gebiet (u.a. das KoSP als gebietsbetreuendes Büro, das Geschäftsstraßenmanagement, Polizei) sowie die kontinuierliche Bürgerinformation und -beteiligung, u. a. durch Anwohnerversammlungen. Das Konzept wird nun nochmals überarbeitet und dann den politischen Gremien des Bezirks vorgestellt. *us*

Muss das »Simit Evi« schließen?

Stadtteilvertretung und BVV setzen sich für Vertragsverlängerung ein

Der Bezirk Mitte will seinen Pachtvertrag mit dem Café »Simit Evi« neben der Schiller-Bibliothek nicht verlängern. Der Pavillon, eine bezirkseigene Immobilie, ist baufällig und soll saniert werden. Die Betreiberin würde die Sanierung gern selbst durchführen und wehrt sich gegen die Kündigung. Sie wird dabei von der Stadtteilvertretung mensch.müller und der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte unterstützt.

Das »Simit Evi« ist ein beliebter Treffpunkt im Wedding. Das nach den türkischen Sesam-Kringeln benannte Lokal bietet für wenig Geld kleine Mahlzeiten aus eigener Produktion sowie kalte und warme Getränke – vor allem aber echten Wedding-Flair. Hier treffen sich tatsächlich die unterschiedlichsten Kulturen aus der Nachbarschaft: türkische Mütter mit Einkaufstasche, Studentinnen mit Laptop, Bibliotheksbesucher von nebenan und Mitarbeiter des nahen Rathauses zum Beispiel. Im Sommer kann man auch sehr schön draußen sitzen – jedenfalls könnte man das in diesem Sommer, weil die Bauarbeiten auf dem Platz neben dem Rathaus Wedding inzwischen weitgehend abgeschlossen sind. In den vergangen zwei Jahren war das Draußensitzen deshalb leider nur eingeschränkt möglich, was zu erheblichen Umsatzeinbußen geführt hatte.

Ch. Eckelt

Doch zum 31. März läuft der Pachtvertrag des Bezirks mit der Betreiberin Özlem Özmen-Eren aus. Unstrittig ist, dass tatsächlich grundlegende Sanierungsarbeiten anstehen. Die »Service Einheit Facility Management« hat schon alles vorbereitet, sogar die Bauplanungsunterlagen (BPU) sind fertig gestellt, so dass die Arbeiten jetzt ausgeschrieben werden könnten. Die Kosten werden mit rund 620.000 Euro veranschlagt, rund eineinhalb Jahre müsste der Pavillon leer stehen und anschließend der Betrieb neu ausgeschrieben werden. Özlem Özmen-Eren sieht das anders: »Wir haben ja schon vor zehn Jahren den Pavillon mit Hilfe von Fachfirmen selbst saniert, gut 120.000 Euro hat das damals gekostet«, so erläuterte sie dem Ausschuss für Stadtentwicklung, der sich in seiner Januar-Sitzung mit dem Fall beschäftigte. »Die Firmen haben sich das jetzt nochmal angeschaut und uns Kostenvoranschläge zwischen 250.000 und 300.000 Euro gemacht. Für die Arbeiten müssten wir den Betrieb etwa drei bis vier Wochen lang unterbrechen, könnten aber grundsätzlich weitermachen und müssten unser Personal, das sind derzeit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht entlassen.«

Normalerweise hätte sie mit dieser Alternativ-Variante kaum eine Chance. Im konkreten Fall aber doch, denn der Pavillon steht sozusagen auf der »Kann-Wegfallen-Liste« des Bezirks. Wenn nämlich die Schiller-Bibliothek eines Tages erweitert wird, soll er abgerissen werden und die Gastronomie in die Erdgeschosszone des neuen Bibliothek-Anbaus verlagert werden. Dafür gibt es schon Planungen von den Architekten der Bibliothek, die eine Grundlage für die Entscheidung des damaligen Wettbewerb-Verfahrens gewesen waren. Zwar liegt noch völlig in den Sternen, ob und wann die Erweiterung umgesetzt werden wird – »nicht vor 2026« heißt es dazu aus der Abteilung für Weiterbildung und Kultur. Aber die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt und damit das nächste Investitionsprogramm zum Ankurbeln der Bauwirtschaft – und dann kann es unter Umständen sehr schnell gehen, wenn wie hier schon Vorplanungen in der Schublade liegen. Deshalb könnte es sinnvoll sein, den Pavillon jetzt nicht mit großem Aufwand so grundlegend zu sanieren, dass er die nächsten 50 Jahre keine Probleme mehr bereiten wird, sondern so wie von Frau Özmen-Eren vorgeschlagen vorzugehen und ihn für einen kürzeren Zeitraum fit zu machen.

Die Stadtteilvertretung mensch.müller jedenfalls ist dieser Meinung. Sie fordert eine kurzfristige Verlängerung des Pachtvertrages, bis geklärt ist, wie es weitergehen soll. »Auch das Bezirksamt Mitte sollte ein Interesse daran haben, das Simit Evi als ein im Kiez verankertes Café an diesem Standort zu erhalten, um der fortschreitenden Gentrifizierung entgegenzutreten und die Neuvermietung an einen namen- und charakterlosen Großkonzern (Starbucks etc.) zu verhindern«, so heißt es in ihrer Stellungnahme. Erste Erfolge hat sie schon erzielt: Der Ausschuss für Stadtentwicklung bringt jetzt in die Sitzung der BVV am 22. Februar einen Antrag ein, in dem der Bezirk aufgefordert wird, »bis zum April 2018 die organisatorischen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, die eine Instandsetzung des Gebäudes durch die Betreiberin ermöglicht. Die von ihr hierfür aufgewendeten finanziellen Mittel sollen mietreduzierend verrechnet werden.« Zudem wird in dem Antrag gefordert, den Erweiterungsbau für die Bibliothek zurückzustellen, so dass eine Förderung der Sanierung des Simit Evi durch Mittel aus dem Programm »Aktive Zentren« möglich wird. Bedingung für eine Förderung ist die Gewährleistung des des nachhaltigen Weiterbetriebs – normalerweise für mindestens zehn Jahre nach Abschluss der Sanierungsarbeiten am Pavillon. *cs*

Ch. Eckelt

Der Platz steht zur Verfügung

Die Nazarethkirchgemeinde und das Aschura-Fest

Die evangelische Nazarethkirchgemeinde beantragt Fördermittel, um einen Behindertenaufzug in die Alte Nazarethkirche einzubauen. Der Schinkelsaal im oberen Geschoss des Baudenkmals, einer der schönsten Räume im Wedding, wäre dann endlich barrierefrei zugänglich und damit für die Allgemeinheit besser nutzbar: Auch Bürgerversammlungen und öffentliche Informationsveranstaltungen könnten dort stattfinden. Aber die Stadtteilvertretung mensch.müller hat Einwände.

Viele ihrer Mitglieder sind nämlich nicht gut auf die Gemeinde zu sprechen, die sie für das Scheitern des im vergangenen Oktober geplanten Aschura-Festes auf dem Vorplatz der Kirche verantwortlich machen. Es sollte in der Nachfolge des gemeinsamen Fastenbrechens »Iftar« stattfinden, das in den Vorjahren von einem Netzwerk um den »Runden Tisch Leopoldplatz« und vielen muslimischen Gewerbetreibenden aus der Gegend mit großem Engagement organisiert und durchgeführt worden war. Das Fastenbrechen findet im Ramadan statt, und der ist inzwischen in den Juni gerückt – zwischen Sonnenuntergang und dem Beginn der nächtlichen Ruhezeit um 23 Uhr bleibt deshalb kaum noch Zeit für ein Festmahl unter freiem Himmel. Als Alternative bot sich das Aschura-Fest an, bei dem die Landung der Arche Noah auf dem Berg Ararat gefeiert wird. Nach dem islamischen Kalender wird es in den nächsten Jahren immer mehr in den Sommer wandern, der Sonnenuntergang spielt dabei keine Rolle.

»Als die Anfrage für bei uns ankam, war der Termin aber schon vergeben«, erklärt der Vorsitzende des Gemeindekirchenrates Sebastian Bergmann die Absage. Die Gemeinde ist Eigentümerin des Vorplatzes, der mit öffentlichen Fördermitteln aus dem Programm »Aktive Zentren« aufwändig saniert worden ist. Die angemeldete Veranstaltung wurde jedoch später noch einmal kurzfristig verschoben. Das Aschura-Fest fand dennoch in den Räumen der alevitischen Gemeinde in der Lindower Straße statt – auf dem Weg dorthin passierten die Mitglieder der Stadtteilvertretung jedoch einen leeren Leopoldplatz, was ihren Ärger nur noch verstärkte.

Die Stadtteilvertretung fordert jetzt in einer Stellungnahme, die Vergabe der Fördermittel für den Aufzug an die Einrichtung eines Gremiums zu binden, das über die Nutzung des Platzes vor der Alten Nazarethkirche entscheidet und an dem auch Vertreter der Stadtteilvertretung und des Runden Tisches mitwirken sollen. »Wenn das Fest bei uns rechtzeitig angemeldet worden wäre, dann wäre das Problem überhaupt nicht entstanden«, erklärt dazu Sebastian Bergmann. »Wir haben ja auch schon vorher das Iftar-Fest mitgetragen und uns dabei auch als Gemeinde in den interreligiösen Dialog eingebracht.« Auch kulturell hätte zum Beispiel der Flüchtlings-Chor, der regelmäßig im Schinkelsaal probt, gut in die Veranstaltung gepasst.
In der Tat war der Termin für Aschura schon lange bekannt, in dieser Zeitung wurde bereits im Dezember 2016 darüber berichtet, auch Sebastian Bergmann hatte den Artikel gelesen und bei uns nachgefragt, wer persönlich als Veranstalter auftritt, was wir ihm damals aber nicht beantworten konnten. »Eine richtige Anfrage ging bei uns erst ein, als es schon viel zu spät war und wir den Termin schon vergeben hatten«, so Bergmann heute: »Wir stellen den Platz für nachbarschaftliche Zwecke ja gerne zur Verfügung und schließen eigentlich nur parteipolitische Veranstaltungen aus«, erklärt er die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Platzvergabe. »Weil inhaltliche Gründe ansonsten keine Rolle spielen, werden eben die bevorzugt, die sich frühzeitig anmelden.«
In dem nachbarschaftlichen Netzwerk, das das Aschura-Fest vorbereitet hat, hatte sich jedoch lange Zeit niemand gefunden, der die Verantwortung übernehmen und auch offiziell als Veranstalter auftreten wollte. Ohne solche konkreten Verantwortlichen könne die Gemeinde aber keine Vereinbarungen schließen. »Wir gehen ja auch rechtliche Risiken ein. Wenn zum Beispiel der Lärmschutz nicht beachtet wird, müssen wir doch zumindest Verantwortliche benennen können.«

Auf dem Platz finden viermal die Woche diverse Märkte statt, jeweils dienstags, donnerstags, freitags und samstags. »Den Montag und den Mittwoch halten wir für andere Veranstaltungen ausdrücklich frei, für den Sonntag schließen wir allerdings vorwiegend kommerzielle Nutzungen aus, weil wir uns als christliche Gemeinde dem Prinzip der Sonntagsruhe verpflichtet fühlen«, erklärt der Vorsitzende des Gemeindekirchenrates. »Sonntags findet zwar inzwischen auch fünfmal im Jahr der Wedding-Markt statt, den sehen wir aber als nachbarschaftliches und nicht in erster Linie als kommerzielles Ereignis an.«
Der Wedding-Markt musste übrigens von seinem angestammten Standort am Nordufer weg, weil er dort angeblich den Fahrradweg Berlin-Kopenhagen blockiere. Öffentliches Straßenland ist also auch nicht unbedingt immer so einfach und unbürokratisch für nachbarschaftliche Belange in Anspruch zu nehmen. Und rechtzeitig anmelden muss man die Nutzung dann auch, wobei ein schlichter Verweis auf ein nachbarschaftliches Netzwerk natürlich nicht ausreicht. *cs*

Parkraumbewirtschaftung bis zur Badstraße?

Auch östlich der Müllerstraße wird jetzt ein integriertes Verkehrskonzept entwickelt

Am 22. Februar präsentierten die vom Bezirk beauftragten Verkehrs- und Landschaftsplaner im »Cittipoint« die Ergebnisse des »Verkehrs- und Freiraumkonzeptes Nebenstraßen«, das sie für den Brüsseler Kiez und seine Umgebung erstellt haben. Unterdessen sind jedoch auch östlich der Müllerstraße die Planer aktiv geworden: Ein großer Bereich zwischen Müllerstraße, See- bzw. Osloer Straße und Badstraße bis hin zum Humboldthain und zur Liesenstraße wird zur Entwicklung eines Konzepts der Parkraumbewirtschaftung untersucht, außerdem soll ein Konzept für den Fußgänger- und Fahrradverkehr entstehen.

Für den »engeren Untersuchungsraum« im größeren westlichen Teil dieses Gebiets (zwischen Müllerstraße und einer Linie etwa auf Höhe des Möbel-Höffner-Gebäudes und des Hauses der Jugend) soll darüber hinaus ein detailliertes »Integriertes Maßnahmenkonzept« entwickelt werden, das konkrete Vorschläge macht, wie das öffentliche Straßenland im Gebiet mittelfristig weiter entwickelt werden kann. Der Bezirk erhält auf diese Weise eine Grundlage, um systematisch in den kommenden Jahren die Konflikte in den Nebenstraßenbereichen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und die Interessen von Fußgängern, Radfahrern, öffentlichem Nahverkehr, motorisiertem Individualverkehr, Lieferverkehr und ruhendem (bzw. elektrisch aufladendem) Verkehr möglichst auszugleichen. Wie schnell er die dabei gewonnenen Erkenntnisse umsetzen kann, ist derzeit jedoch noch nicht abzuschätzen: Es liegt weniger an fehlenden Investitionsmitteln, sondern vor allem an chronischer Personalknappheit. Verkehrsplaner und -ingenieure sind derzeit Mangelberufe, vor allem in der Verwaltung. Die gesamte Verwaltung sucht hier dringend nach Fachkräften.
Studierende der »Urbanen Infrastrukturplanung« an der Beuth-Hochschule für Technik können sich dieser Tage jedenfalls gut bezahlte Praktika im direkten Umfeld der Hochschule organisieren. Im Brüsseler Kiez ist das Büro Hoffmann-Leichter für den Verkehrsteil des Konzepts zuständig, im Quartier Pankstraße das Büro LK Argus. Wer sich mehr für die zwischen beiden Gebieten liegende Müllerstraße interessiert, sollte sich an das Büro IVAS aus Dresden wenden. Das hat das Konzept zwar schon vor etwa sieben Jahren erarbeitet und die Bauplanungsunterlagen schon lange fertig gestellt. Weil vor dem Umbauten im Fahrbahnbereich der Müllerstraße jedoch der darunter verlaufende Tunnel der U6 saniert werden soll, haben sich die Arbeiten verzögert – im kommenden Jahr sollen sie endlich beginnen. Die Stadtteilvertretung fordert jetzt allerdings, diese Pläne stellenweise noch einmal zu überarbeiten (siehe Seite x).

Die Untersuchungen im Brüsseler Kiez wurden mit Beteiligung vieler Anwohner durchgeführt, die sowohl an einem Rundgang als auch an einem intensiven Workshop teilnahmen. Ähnlich soll jetzt auch im angrenzenden Quartier vorgegangen werden, im April sind dort öffentliche Informationsveranstaltungen vorgesehen. Im Brüsseler Kiez war die Grundstimmung bei der Bürgerbeteiligung immer sehr konstruktiv: Von erbitterten Gefechten um jeden entfallenden Parkplatz konnte hier keinesfalls die Rede sein, obwohl das etliche so erwartet hatten. Wahrscheinlich hat das mit der Parkraumbewirtschaftung zu tun, die im Zuge der Umsetzung des Verkehrskonzepts wohl eingeführt werden wird. Von der profitieren nämlich vor allem die Anwohner mit PKW, weil Pendler aus dem Gebiet herausgehalten werden und die Parkplatzsuche deshalb deutlich einfacher wird. Wer einen so verkehrsgünstig gelegenen Arbeitsplatz hat wie das Virchow-Klinikum, die Beuth-Hochschule, das Jobcenter oder das Rathaus Wedding, dem kann durchaus zugemutet werden, für den Weg zur Arbeit öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Das gilt genauso für die Osram-Höfe, das Jüdische Krankenhaus, das Amtsgericht Wedding oder das Haus der Gesundheit westlich der Müllerstraße. Auch dort wird inzwischen die Einrichtung von Zonen, in denen nur Anwohner mit einer besonderen Plakette kostenfrei parken dürfen, geprüft – und wahrscheinlich ein einigen Jahren auch umgesetzt. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass in den kommenden Jahren vor allem in der Nähe des S-Bahnhofs Wedding auch zahlreiche Bürobauten neu entstehen werden: So sinnvoll es ist, wenn solche Arbeitsplätze am S-Bahn-Ring entstehen, weil man zügig mit dem öffentlichen Nahverkehr dorthin gelangt, so notwendig ist es auch, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, damit die Nebenstraßen nicht völlig verstopft werden. *cs*

Ch. Eckelt

Für die Entwicklung eines integrierten Verkehrskonzeptes müssen sehr unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden. So wird zum Beispiel auch die BVG einbezogen, die den Leopoldplatz als Endhaltepunkt von vier Buslinien nutzt.

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Tanja Claußnitzer (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Peter Arndt, Antje Grimm
und Christoph Keller
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: Mo 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
team-wedding@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen